Harri Bading

AGRARPROGRAMM DES BAUERNVERBANDES

In einer Denkschrift, die der Bauernverband dem Bundeskanzler im Februar dieses Jahres vorgelegt hat, sind eine Reihe agrarpolitischer Forderungen zusammengefaßt, von denen einige auf dem Preisgebiet bereits durchgesetzt sind. Da ihnen auch sonst eine programmatische Bedeutung zukommt, sind sie einer Betrachtung wert, um festzustellen, welche von ihnen als berechtigt anerkannt werden können und welche vom Standpunkt der Gewerkschaften aus gesehen als nutzlos oder schädlich abgelehnt werden sollten. Hierbei soll, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, unter „Standpunkt der Gewerkschaften" nicht ein einseitiger Interessenstandpunkt, nämlich der des Verbrauchers, verstanden sein, sondern der Standpunkt des sich dem allgemeinen sozialen Fortschritt verpflichtet fühlenden Wirtschaftlers.

Die Denkschrift des Bauernverbandes geht von der derzeitigen Lage der westdeutschen Landwirtschaft aus, die nach seiner Ansicht gekennzeichnet sei durch die Zunahme der Landflucht der vollwertigen Arbeitskräfte, durch eine fortschreitende Verschuldung und eine lähmende Illiquidität, alles trotz der beiden letzten überdurchschnittlichen Ernten. Da die weltpolitische Lage die Gefahr einer Unterbrechung der Nahrungsmittelzufuhren in sich berge, außerdem auch die Handelsbilanz ausgeglichen werden müsse, sei es notwendig, die eigene Agrarproduktion auf das äußerste zu steigern. Dann werden die Mittel aufgezählt, die dieses bewerkstelligen sollen. Hierzu gehört nach Ansicht des Bauernverbandes zunächst eine ständige Aufklärung des Volkes seitens der Regierung über die Bedeutung einer gesunden Landwirtschaft für den Bestand des Volkes; die Aufklärung durch den landwirtschaftlichen Berufsstand genüge nicht.

Dieser letzten Feststellung kann wohl allgemein zugestimmt werden, wenn auch vielleicht in einem etwas anderen Sinne, als es der Bauernverband meint. Ernährungswirtschaftliche Tatbestände und ihre Auswirkungen sind in der übrigen Wirtschaft viel zu wenig bekannt. Man schimpft auf die Bauern, wobei Erinnerungen an die noch nicht lange zurückliegenden Hungerjahre eine Rolle spielen, aber man hat den agrarischen Argumenten keine sachlich fundierte Meinung entgegenzusetzen. Dies ist um so bedauerlicher, als auf der landwirtschaftlichen Seite nach 1945 eine geschlossene Organisation entstanden ist. Im Gegensatz zu der Zeit vor 1933 gibt es jetzt nur eine wirtschaftspolitische Vertretung der Landwirtschaft, den Deutschen Bauernverband, dessen Präsident außerdem noch Vorsitzender des Zusammenschlusses der landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Verwaltungsrates der Spitzeninstitute des Agrarkredites ist. Hierdurch ist eine Einheitlichkeit in der agrarpolitischen Meinungsbildung entstanden, die nach außen hin stark wirkt. Es liegt aber im Wesen einer Interessentenvertretung, immer eher bereit zu sein, auf die Klagen ihrer Mitglieder hin Forderungen an die Allgemeinheit zu stellen, als den Mitgliedern den Weg der Selbsthilfe zu weisen und das Übel tatkräftig an der Wurzel anzupacken. So schwächt die so stark erscheinende landwirtschaftliche Organisation letzten Endes den zweifellos vorhandenen bäuerlichen Selbstbehauptungswillen.

Daher wäre es gut, und zwar auch im Interesse der Landwirtschaft, wenn sich alle wirtschaftlichen Kreise und in erster Linie die Gewerkschaften die Aufgabe der Förderung der Landwirtschaft zu eigen machen würden. Keines-

falls dürfte es genügen, wenn entsprechend der Forderung des Bauernverbandes außer ihm nur noch die Regierung sich um die „Aufklärung“ bemüht, zumal die Leitung des zuständigen Bundesministeriums dem Bauernverband ideologisch allzu nahe steht. Die agrarpolitische Diskussion muß vielmehr sachverständig auf breitester Ebene geführt werden.

Bevor wir uns mit den einzelnen vom Bauernverband aufgezählten Mitteln zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft beschäftigen, erscheinen einige Bemerkungen über deren derzeitige Situation angebracht. Die Behauptungen, daß die Landwirtschaft schlechthin *illiquid* sei und daß sie sich in einer zu starken *Verschuldung* befinde, können keinesfalls widerspruchslos hingenommen werden, Stellt schon kein Zweig der gewerblichen Wirtschaft ein einheitliches Gebilde dar, so gilt das erst recht nicht für die Landwirtschaft. Je nach den betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen können wir außerordentliche Ertragsdifferenzen zwischen Betrieben gleicher Größenklassen und gleicher geographischer Lage feststellen. Infolgedessen dürfen nicht einzelne, besonders ungünstig gelagerte Fälle herausgegriffen und verallgemeinert werden, sondern man kann nur die durchschnittliche Ertragslage betrachten. Aus den vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten herausgegebenen „Landwirtschaftlichen Buchführungsergebnissen“ entnehmen wir, daß die Ausgaben wohl stärker angewachsen sind als die Einnahmen, aber daß dennoch der Einnahmeüberschuß im vergangenen Wirtschaftsjahr um 19 v. H. und die Ausgaben für Neubauten und Anschaffungen größerer Maschinen sogar um 56 v. H. höher waren als vor dem Kriege. Trotz der höheren Ausgaben für diese Dauerweite ist der Wirtschaftsüberschuß immer noch 8 v. H. höher als 1938/39, so daß von einer „lähmenden“ Illiquidität nicht die Rede sein kann. Natürlich sind von dem Wirtschaftsüberschuß noch die privaten Ausgaben, die persönlichen Steuern und die Schuldzinsen zu bezahlen, wobei aber nicht vergessen werden darf, daß von ersteren nicht mehr die Ausgaben für Wohnung und Ernährung, soweit sie aus dem eigenen Betrieb stammen, gedeckt werden müssen. Auch die Schuldzinsen können die Landwirtschaft nicht besonders drücken, denn die Verschuldung betrug am 1.7.1939 6 100 Mill. RM, am 21.6.1948 2 480 Mill. DM und am 1.1.1949 3 090 Mill. DM. Sie liegt also bei der Hälfte der Vorkriegshöhe. Infolgedessen stellt die Landwirtschaftliche Rentenbank in ihrem letzten Geschäftsbericht auch fest, daß die Verschuldung zwar nach der Währungsreform zugenommen habe, daß aber gemessen an der gleichzeitigen Ertragssteigerung diese Entwicklung, auf die Gesamtheit der Betriebe bezogen, noch nicht als alarmierend zu bezeichnen sei. Daß die persönlichen Steuern höher sind als vor dem Kriege, läßt sich nicht bestreiten, aber diese erhöhten Lasten trägt die Landwirtschaft nicht allein, sondern gemeinsam mit der gesamten Wirtschaft.

Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und Überschüsse buchführender landwirtschaftlicher Betriebe

	RM/DM je Hektar		
	1938/39	1948/49	1949/50
Wirtschaftseinnahmen	505	662	786
Wirtschaftsausgaben	337	517	586
Einnahmeüberschuß	168	145	200
Neubauten und Anschaffungen größerer Maschinen	43	60	67
Wirtschaftsüberschuß	125	85	133

Das andere in der Denkschrift des Bauernverbandes erwähnte Anzeichen der schwierigen Lage der Landwirtschaft, die *Zunahme der Landflucht*, berührt den Kernpunkt des deutschen Agrarproblems, ohne daß aber hieraus die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden. Die Feststellung des Bauernverbandes beklagt die zunehmende Landflucht der vollwertigen Arbeitskräfte. Dieser Behauptung können wir einige Berichte von Arbeitsämtern, zitiert aus einem Artikel „Landflucht oder Austreibung“ in der „Welt der Arbeit“ (Nordmark-Ausgabe) vom 6. 4. 51 gegenüberstellen. Danach heißt es im letzten Bericht des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein:

> „In der Landwirtschaft zeigt sich jahreszeitlich bedingt ein ansteigender Kräftebedarf. Dieser bezieht sich vorwiegend auf jüngere Arbeitskräfte. Die Abdeckung des Frühjahrsbedarfs bereitet bei der Abneigung gegen die Landarbeit Schwierigkeiten. Verheiratete Landarbeiter stehen aber bei 30 000 Arbeitslosen in landwirtschaftlichen Berufen ausreichend zur Verfügung, so daß Engpässe nicht zu erwarten sind.“

Ferner heißt es in einem Bericht aus Nord-Hannover:

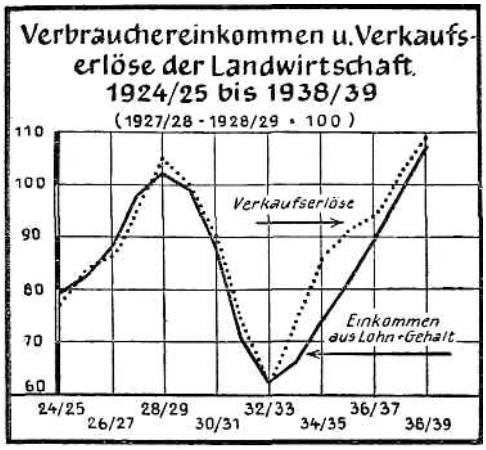
> „Rund 3000 verheiratete Landarbeiter, die mit allen Zweigen der Landarbeit vertraut sind, sind gegenwärtig im Unterelbegebiet ohne Beschäftigung. Im allgemeinen werden nur noch junge ledige Leute eingestellt, die zu niedrigen Tarifen arbeiten. Selten werden verlobte Landarbeiter oder ledige Arbeitskräfte über 35 Jahre beschäftigt.“

Von einer Landflucht der vollwertigen Arbeitskräfte kann also keine Rede sein, sondern eher von ihrer Aussperrung. Aber mit dieser Feststellung ist das Problem nicht gelöst, sondern wir müssen uns darüber klar werden, aus welchen Gründen die hochwertigeren und daher teueren Arbeitskräfte nicht beschäftigt werden. Der Bauernverband ist hier mit der Antwort rasch bei der Hand: Die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind zu niedrig. Daher fordert er die Schaffung eines rentablen Agrarpreisniveaus, das in einem angemessenen Verhältnis zu dem der übrigen Wirtschaft steht und das die Produktionskosten durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betriebe deckt. Als Sofortmaßnahmen verlangt er die Erhöhung der Milch- und Zuckerrübenpreise, die Drosselung der Einfuhr von Margarinerohstoffen oder die Einführung einer Margarinesteuer sowie auf der Ausgabenseite eine Senkung der Einkommensteuer, insbesondere für nichtbuchführende Landwirte, der Grundsteuer und der Lastenausgleichsabgabe. Unter der Voraussetzung, daß diese Forderungen bewilligt werden, setzt sich der Bauernverband auch für die Heraufsetzung des Lohns für die in der Landwirtschaft tätigen familieneigenen und fremden Arbeitskräfte ein. Leider ist die Lösung des Problems nicht so einfach, wie der Bauernverband es sich vorstellt. Jede Preiserhöhung wirkt sich in einer direkten Verbrauchsverminderung aus, wenn Ausweichmöglichkeiten auf andere Nahrungsmittel vorhanden sind. Daher wünscht der Bauernverband auch die Verteuerung der Margarine und eine Verminderung der Schmalzeinfuhren, um einen möglichst großen Teil der Verbraucher zu zwingen, erhöhte Preise für die Butter zu zahlen. Sind aber keine Ausweichmöglichkeiten vorhanden, so muß der Verbraucher seinen Konsum einschränken, und er nimmt diese Einschränkung zunächst bei den hochwertigen Nahrungsmitteln vor, also bei Fleisch- und Molkereierzeugnissen. Aus dem Verkauf dieser Erzeugnisse fließen jedoch die Haupteinnahmen der Landwirtschaft. Besitzt der Verbraucher politische und wirtschaftliche Macht, wird er versuchen, diese ihm aufgezwungene Konsumeinschränkung durch Lohnerhöhungen wieder auszugleichen, was dann aber wiederum eine Erhöhung der Preise für die industriellen Rohstoffe der Landwirtschaft zur Folge hat. Infolgedessen sind alle erzwungenen Preiserhöhungen

von Nahrungsmitteln für die Landwirtschaft selber auf längere Sicht betrachtet wertlos. Einen bleibenden Vorteil hätte die Landwirtschaft nur dann, wenn es weiterhin gelingt, der großen Masse der Verbraucher, d. h, den Arbeitern und Angestellten, einen höheren Anteil am Sozialprodukt zu verschaffen, also Lohnerhöhungen ohne Preiserhöhungen für die industriellen Erzeugnisse durchzusetzen, denn das Einkommen aus Lohn und Gehalt ist bestimmend für die Höhe der Verkaufserlöse der Landwirtschaft, wie auch überzeugend aus einer Untersuchung des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung in Braunschweig-Völkenrode hervorgeht. (Siehe das Schaubild.)

Als berechtigt können aber alle Forderungen der Landwirtschaft anerkannt werden, die auf die Stabilisierung ihrer Erlöse hinzielen. Ebenso liegt eine absolute Anhängung der deutschen Agrarpreise an die Schwankungen der Weltmarktpreise keineswegs im Interesse der gesamten Wirtschaft. Die Bildung von Einfuhrschleusen in Form der. Einfuhr- und Vorratsstellen ist zur Schaffung einer ausreichenden Versorgung der Verbraucher und damit zur Erzielung des richtigen Preisniveaus für die heimischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ein geeignetes Mittel. Dieses Mittel darf jedoch nicht unter protek-tionistischen Gesichtspunkten gehandhabt werden, und daher müssen die Gewerkschaften paritätisch mit den Erzeugern an der Leitung dieser Stellen beteiligt sein.

Alle Maßnahmen auf dem Absatz- und Preisgebiet, wozu auch die Rationalisierung des Warenweges vom Erzeuger zum Verbraucher gehört, können aber nicht entscheidend sein. Viel wichtiger ist die *Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe* selber. Die beinahe schon ewige Klage der Landwirtschaft über das Auseinanderklaffen der Preisschere für landwirtschaftliche und industrielle Produkte, die Verbitterung der Bauern über die Städter, die nach ihrer Ansicht ein so viel leichteres Leben haben, aber dafür mehr verdienen, rührt doch letzten Endes daher, daß der Arbeitseffekt des in der Landwirtschaft tätigen Menschen so viel niedriger ist als der Arbeitseffekt des gewerblichen Arbeiters. Auf diesen Punkt also müssen alle Anstrengungen konzentriert werden. Die Landwirtschaft muß sich bemühen - und alle sollten ihr dabei helfen — diesen Vorsprung der Industrie so weit wie möglich aufzuholen, damit der Bauer die gleichen Löhne wie die Industrie zahlen kann und er selber für sich und seine Angehörigen den Lebensstandard der gewerblichen Wirtschaft erreicht. Zweifellos ist das nicht von heute auf morgen möglich, und zwar schon deswegen nicht, weil der landwirtschaftliche Produktionsprozeß viel verwickelter ist als der gewerbliche. Der agrarische Rationalisierungsprozeß wird immer dem industriellen nachhinken, aber dennoch ist die Landwirtschaft gezwungen, mit allen Mitteln zu versuchen, die Spanne zu verringern, denn keine nationale oder übernationale Volkswirtschaft ist oder wird je in der Lage sein, ihren landwirtschaftlichen Teil als



wohlzubehütendes Glashausprodukt zu betrachten und entsprechend zu behandeln. Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, im einzelnen aufzuzeigen, wo der Hebel angesetzt werden muß. Nur einige Beispiele können aufgeführt werden. Aus einer Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft der Rinderzüchter geht hervor, daß die Milcherzeugungskosten in Wirtschaften gleicher Art je nach der Fütterung zwischen 19,6 und 26 Pf je kg schwanken. Im ersten Fall liegt der Milchertrag bei 2960, im zweiten bei 4500 kg. Nach einer Untersuchung des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft (RKTL Heft 105, Der landwirtschaftliche Betriebsvergleich 1944) lagen die Roherträge bei 32 untersuchten ungefähr gleichgearteten Betrieben einer Gemeinde zwischen 1137 und 343 Mark je ha. In beiden Beispielen sind die unterschiedlichen Leistungen nicht durch außerhalb der Person der Betriebsleiter liegende Faktoren bedingt, sondern nur durch die Unterschiede im technischen und organisatorischen Wissen und Können der Betriebsangehörigen. Hier also liegen die Produktionsreserven und Rationalisierungsmöglichkeiten,

Wo aber finden wir in der Denkschift des Bauernverbandes eine Forderung, in dieser Richtung zu arbeiten? Vielleicht in der freilich etwas unverbindlichen Forderung nach „Freimachen aller dem Landvolk innewohnenden schöpferischen Kräfte“, der aber gleich der Pferdefuß in der Formulierung folgt: „Voraussetzung hierfür ist die Sicherung einer der Leistung entsprechenden Einkommensgestaltung der Landwirtschaft“, wozu im einzelnen neben den bereits erwähnten Forderungen folgende erhoben werden: Beschränkung der Einfuhr auf den „echten Bedarf“, Schutz der „standortgerechten Erzeugung“ von Obst, Gemüse, Wein und Tabak, Verbilligung des Düngemittel-, Saatgut- und Mineralölbezuges eventuell durch Steuergutscheine sowie schließlich Festsetzung der Steuern und Sozialabgaben in einer solchen Höhe, daß durch sie nicht die notwendige Steigerung der Agrarproduktion gefährdet wird.

Soviel Forderungen, soviel Ungereimtheiten. Was heißt „echter Bedarf“? Bedarf ist ein technisch-physiologischer Begriff; ein Motor bedarf einer bestimmten Menge Benzin um eine bestimmte Leistung zu vollbringen, oder ein Lebewesen bedarf soundsoviel Kalorien zur Erhaltung seiner Lebensfunktionen, aber es gibt keinen echten Bedarf an einzelnen Nahrungsmitteln. Der Verbrauch von Butter z. B. hängt von deren Preis ab. Sinkt dieser, so wird mehr verzehrt, steigt er dagegen, so schrumpft der Konsum, und zwar sehr schnell, wenn andere Nahrungsmittel als Ersatz zur Verfügung stehen. Das gilt für alle Güter des menschlichen Bedarfs mit der Einschränkung, daß bei Erreichung des Sättigungsgrades eine Senkung des Preises keine Verbrauchsteigerung mehr hervorruft. Deswegen können alle Versuche, den echten Bedarf festzustellen, wie es Zeitungsmeldungen zufolge das Bundesemährungsministerium jetzt bei Südfrüchten, Obst und Gemüse versuchen will, nur als dilettantisch bezeichnet werden. Dasselbe gilt für die „standortgerechte Produktion“. Der Verfasser war vor einiger Zeit in Dänemark, wo ihm von einem Gärtner erzählt wurde, daß man beabsichtige, Ananasstecklinge einzuführen, um den wahrscheinlich „echten Bedarf“ an Ananas in Glashäusern heranzuziehen. Auf diese Weise wird nach Ansicht der dortigen Gärtner die Ananasproduktion in Dänemark „standortgerecht“. Im Mittelalter war der Anbau von Waid, als Rohstoff für die Färber in Mitteldeutschland, weit verbreitet. Der dort standortgerechte Anbau mußte aber, als das ergiebigere Indigo auf den Markt kam, allmählich eingestellt werden, und später ist dann das Indigo wieder von den Anilinfarben abgelöst worden. Die Standortgerechtigkeit hat also keinen Ewigkeitswert und ist von den Absatzmöglichkeiten abhängig.

Über die dritte und vierte Forderung ist nicht viel zu sagen. Es handelt sich um Subventionsforderungen auf Kosten der Allgemeinheit. Zeitlich oder partiell begrenzte Subventionen als Überbrückungsmaßnahmen sind zweifellos volkswirtschaftlich vertretbar, Dauersubventionen dagegen verschleiern lediglich die Rentabilitätsberechnung und stellen indirekte Preiserhöhungen oder verwendungsgebundene Einkommenserhöhungen des Subventionsempfängers dar. Sie sollten daher abgelehnt werden.

Es bleiben noch einige Forderungen des Bauernverbandes zu erwähnen, die zwar in dessen Denkschrift an letzter Stelle stehen, die aber tatsächlich die wichtigsten sind. Die eine ist die *Flurbereinigung*, durch welche die Zerstückelung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in den Realteilungsgebieten behoben werden soll. Diese Forderung besteht schon seit 100 Jahren und seit nicht viel kürzerer Zeit werden auch Zusammenlegungen durchgeführt. Infolge der konservativen Einstellung der Bauern und auch wegen der Kostspieligkeit des Verfahrens ist das Ergebnis der bisherigen Arbeit aber gering. Nur die Anwendung neuer Verfahren und der ökonomische Druck wird eine Beschleunigung der Flurbereinigung erzwingen können. Die zweite ist die Förderung des landwirtschaftlichen *Organisationswesens*. Hier sollten alle Kräfte auf die teils bestehenden, mit gutem Erfolg arbeitenden und teils auf noch zu gründenden Vereine konzentriert werden, die sich eine Erhöhung der Leistung ihrer Mitglieder zum Ziele setzen, wozu in erster Linie die Beratungsringe und die Zusammenschlüsse zur gemeinschaftlichen Benutzung von produktionssteigernden und produktionsverbilligenden Maschinen gehören. Ebenso wichtig ist aber auch die Förderung des *Schulwesens* auf dem Lande, und zwar angefangen bei der Grundschule. Hierbei dürfen aber keine Tendenzen zur Bildung besonderer Landvolkschulen unterstützt werden, im Gegenteil: nur die Schulart, welche das Landvolk aus seiner geistigen Isolierung herausführt, verdient gefördert zu werden.

Die Kritik der Denkschrift des Bauernverbandes mußte in vielen Einzelheiten negativ ausfallen, weil der Verband sich die Lösung seiner Aufgabe zu leicht gemacht hat. In manchen Punkten ließe sich aber unschwer eine Einigung zwischen gewerkschaftlicher und landwirtschaftlicher Auffassung erreichen. Das Ziel des Bauernverbandes, die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und eine möglichst große Anzahl von Betrieben rentabel zu gestalten, wird von allen wirtschaftlich Einsichtigen gutgeheißen werden. Um den richtigen Weg zur Erreichung dieses Zieles zu finden, ist es daher notwendig, um es noch einmal, zu unterstreichen, daß sich alle gewerkschaftlichen Kreise intensiver mit den landwirtschaftlichen Fragen beschäftigen, um damit die soziale Entwicklung des agrarischen Sektors der Gesamtwirtschaft zu fördern.